

N O T E der Bundesregierung an die  
Sowjetregierung vom 12. August 1955

275

Die Bundesregierung bestätigt den Empfang der Note der Regierung der UdSSR vom 3. August 1955, die den Wunsch der Sowjetregierung zum Ausdruck bringt, die vorgesehenen Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Ende August bis Anfang September in Moskau zu führen.

Die Bundesregierung möchte diesem Wunsche entsprechen. Da die Reise gewisser Vorbereitungen in Bonn bedarf, die durch die Parlamentsferien im August erschwert sind, schlägt die Bundesregierung für den Beginn der Besprechungen in Moskau etwa den 9. September 1955 vor.

Die Bundesregierung hat bereits in ihrer Note vom 30. Juni 1955 ihr Einverständnis mit dem sowjetischen Vorschlag vom 7. Juni 1955 ausgesprochen, die Frage der Herstellung diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erörtern und die damit verbundenen Fragen zu prüfen. Im Hinblick darauf, daß die Sowjetregierung in ihrer Note vom 3. August 1955 angeregt hat, auch die Frage des Austausches von Dokumenten zur Herstellung diplomatischer Beziehungen, des Abschlusses eines Handelsvertrages und des Abschlusses eines Kulturabkommens zu prüfen, erklärt sich die Bundesregierung damit einverstanden, daß im Laufe der Besprechungen auch die Mittel und Wege erörtert werden, die geeignet erscheinen, den Austausch solcher Dokumente und den Abschluß entsprechender Abkommen auf den genannten Gebieten vorzubereiten.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Erörterung der Aufnahme diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen die Erörterung anderer Fragen notwendig macht, die mit den von der Sowjetregierung benannten

Fragen in politischem Zusammenhang stehen und insbesondere nicht von der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern getrennt werden können. Dazu gehört die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands, von deren Lösung die Schaffung eines Systems zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit abhängt. Weiterhin gehört hierzu die Frage der Freilassung derjenigen Deutschen, die sich gegenwärtig noch im Gebiet oder im Einflußbereich der Sowjetunion in Gewahrsam befinden oder sonst an der Ausreise aus diesem Bereich verhindert sind. Eine alsbaldige Regelung dieser Frage wird vom ganzen deutschen Volk sehnlichst erwartet und als ein unerläßliches Element der Normalisierung seiner Beziehungen zur Sowjetunion betrachtet.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß eine befriedigende Lösung der von der Sowjetregierung in den Vordergrund gestellten Fragen eine freimütige Aussprache und eine Verständigung der beiden Regierungen über die ebengenannten damit verbundenen Probleme erfordert.